



Neue Fachstelle wegen Jihad-Rückkehrern

Andreas Schmid

Bund und Kantone schaffen ein Expertengremium, das den Behörden im Umgang mit heimkommenden Jihadisten beistehen soll.

93 Personen sind in den letzten Jahren aus der Schweiz ausgezogen, um sich in Syrien, Irak, Somalia, Afghanistan und Pakistan Jihadisten anzuschliessen. Von ihnen kamen 29 in Gefechten um, 16 kehrten zurück. Trotz der geringen Anzahl bereiten die Jihad-Rückkehrer den zuständigen Behörden Kopfzerbrechen. Der Umgang mit ihnen stellt sowohl für die Strafverfolgungsbehörden als auch für die Stellen, die für eine Wiedereingliederung der Kämpfer in die Gesellschaft besorgt sein müssen, ein Problem dar. Erfahrungen fehlen weitgehend; die gewaltbereiten Heimkehrer sind ein neues Phänomen.

In den nächsten Wochen soll der Bundesrat deshalb nun Massnahmen beschliessen, die nationale und kantonale Behörden im Umgang mit Jihad-Reisenden unterstützen. Die geplanten Vorkehrungen sind Teil eines sogenannten Impulsprogramms, das der Bundesrat zur Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung

von Radikalismus und gewalttätigem Extremismus vorsieht. Diesen Plan hatte der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) - in diesem sind Bund, Kantone und Gemeinden vertreten - Ende 2017 vorgelegt. Der SVS-Delegierte André Duvillard bestätigt, dass ein Teil des Impulsprogramms auf Jihad-Rückkehrer ausgerichtet ist: «Vorgesehen ist die Bildung eines Expertenpools, auf den die Kantone zugreifen können.» Mit dieser zentralen Stelle werde Fachwissen gebündelt, und alle profitierten, ohne dass die Kantone einzeln in Stückwerk selber etwas aufbauen müssten. «Allerdings hat jeder Kanton eine Behörde zu bestimmen, die bei ihm intern für Jihad-Reisende zuständig ist, auch ausserhalb des Justizvollzugs», hält Duvillard fest. Zudem gelte es, in jenen Kantonen, die Jihad-Rückkehrer zu betreuen hätten, angemessene Begleitmodelle und qualifizierte Fachleute zur Reintegration zu finden.

Mit dem SVS wollen Bund und Kantone gemeinsam sicherheitspolitische Fragen angehen. Der Fokus liegt auf der inneren Sicherheit. Der im letzten Dezember verabschiedete Aktionsplan trägt der Einschätzung des Nachrichtendienstes des Bundes Rech-

nung, dass die jihadistisch motivierte Radikalisierung im Zentrum der Bedrohung stehe.

Der SVS befasst sich auch mit Prävention. So steht Duvillard derzeit in Kontakt mit der Universität Bern, die Ende Mai eine einjährige Weiterbildung für Asylseelsorger verschiedener Religionen abschliesst (siehe Text oben). Ob dieses Angebot weitergeführt wird, ist aber offen. Erst wenn eine Analyse zum ersten Lehrgang vorliege, wolle sie mit den weiteren Beteiligten über eine Fortsetzung befinden, sagt Isabelle Noth, Professorin für Seelsorge, Religionspsychologie und Religionspädagogik.

Der SVS habe grosses Interesse, in der Ausbildung von muslimischen Seelsorgern mit der Universität Bern zusammenzuarbeiten, sagt Duvillard. Der Studiengang ermögliche es, die Seelsorger gezielt auszuwählen und sie professionell zu schulen. «Damit wird beträchtliche Präventionsarbeit geleistet», hält Duvillard fest. An der Universität Genf ist ein Lehrgang zur Integration von Imamen in Planung. Weil im französischen Sprachraum eine solche Ausbildung für Fachleute fehle, unterstütze der SVS die Bemühungen, sagt Duvillard.



André Duvillard will Fachwissen bündeln. (Bern, 4. Dezember 2017)



Muslimische Seelsorger

Kontroverse um Ausbildung

Die Zürcher Justizdirektion von Regierungsrätin Jacqueline Fehr hat im Februar ein Projekt zur Ausbildung muslimischer Spital- und Notfallseelsorger lanciert. Zusammen mit der Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich soll ein Angebot für die 100 000 Muslime im Kanton bereitgestellt werden. Dafür entwickelte das Schweizerische Zentrum für Islam und Gesellschaft der Universität Freiburg eine acht-tägige Weiterbildung.

Dieser Lehrgang wird aber kritisiert. «Die achttägige Schnellbleiche genügt gängigen Qualitätskriterien nicht», sagt Isabelle Noth, Professorin für Seelsorge, Religionspsychologie und Religionspädagogik an der Uni Bern. Noth ist auch Präsidentin der Aus- und Weiterbildung in Seelsorge in der Schweiz. Sie bietet seit letztem Sommer eine interreligiöse Weiterbildung für Gefängnis- und Asylseelsorger auch muslimi-

schen Glaubens an. Diese dauert zwei Semester. Hilfsbedürftige hätten ein Anrecht, von qualifizierten Seelsorgern betreut zu werden, betont Noth. Sie verstehe nicht, warum das Zentrum in Freiburg nicht mit der über das nötige Fachwissen und viel Erfahrung verfügenden Uni Bern zusammenarbeite.

Professor Hansjörg Schmid, Zentrumsdirektor in Freiburg, sagt, der eigene neue Lehrgang unterscheide sich von jenem in Bern. Fragen islamischer Menschenbilder und Theologie nähmen einen wichtigen Platz ein. Das Programm werde eng mit den Kirchen abgestimmt. Über die Ausbildungstage hinaus gebe es begleitete Praktika, betont Schmid.

Das Zentrum in Freiburg sei auf Fragen des Islams spezialisiert, hält Jacqueline Fehrs Sprecher Benjamin Tommer fest. Er sagt zudem: «Auch in diesem Gebiet kann Vielfalt gewiss nicht schaden.» (asc.)